



N i e d e r s c h r i f t

Sozialausschuss

19. Wahlperiode - 2. Sitzung

am Donnerstag, dem 14. September 2017, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Werner Kalinka (CDU)

Vorsitzender

Hans Hinrich Neve (CDU)

Petra Nicolaisen (CDU)

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Bernd Heinemann (SPD)

i. V. von Birte Pauls

Serpil Midyatli (SPD)

Dr. Marret Bohn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dennys Bornhöft (FDP)

Dr. Frank Brodehl (AfD)

Flemming Meyer (SSW)

Weitere Abgeordnete

Anette Röttger (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Vorstellung des Ministers für Soziales, Jugend, Gesundheit, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg, und des Staatssekretärs Dr. Matthias Badenhop	4
2.	Bericht des Sozialministeriums zur Fortschreibung des Rahmenstrukturvertrags Soziale Hilfen - Evaluationsbericht	7
3.	Bürgerversicherung für ein gerechtes Gesundheitssystem einführen	8
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/68 (überwiesen am 21. Juli 2017)	
4.	Terminplan für das Jahr 2018	9
5.	Verschiedenes	10

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Vorstellung des Ministers für Soziales, Jugend, Gesundheit, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg, und des Staatssekretärs Dr. Matthias Badenhop

Minister Dr. Garg stellt sich kurz persönlich und dann den neuen Zuschnitt des Ministeriums für Soziales, Jugend, Gesundheit, Familie und Senioren vor: Der Bereich Gleichstellung sei in die Zuständigkeit des Justizministeriums übergegangen. Als Arbeitsschwerpunkte der kommenden Legislaturperiode nennt er die Fachkräftegewinnung im ambulanten und stationären Bereich, die Schaffung einer neuen Finanzierungsstruktur im Kita-Bereich, die mit Qualitätssicherung, einem verlässlichen und transparenten Finanzierungssystem und einer Entlastung der Kommunen einhergehen müsse, eine zukunftsfeste Versorgungsstruktur im Bereich Gesundheit und Pflege vor allem unter Berücksichtigung des demografischen Wandels und zuletzt Maßnahmen, um Sektorengrenzen zu überschreiten, zum Beispiel bei der Notfallversorgung. Dabei spiele auch die Frage von Digitalisierung und Telemedizin eine Rolle, in der eine Chance einer Vermittlung zwischen ambulantem und stationärem Sektor liege. Ein weiterer wichtiger Punkt der Legislaturperiode bestehe in der Umsetzung des Bundesteilhabestärkungsgesetzes in Landesrecht. Dahinter verberge sich die Stärkung der Teilhabe für Menschen mit Behinderung. Grundgedanke der Bundesgesetzgebung sei gewesen, dem Fürsorgegedanken der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung aus dem SGB XII herauszulösen und ins Sozialgesetzbuch IX zu überführen. Das ziehe eine Reihe von landespolitischen Vorhaben und Entscheidungen nach sich. Dabei werde man die 2011 von den damals regierungstragenden Fraktionen und der Opposition unterstützte Philosophie, Menschen mit Behinderung die Partizipation am ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen, weiterverfolgen. Die Gesellschaft sei nicht trotz, sondern wegen ihrer Unterschiede und Vielfalt eine starke demokratische Gesellschaft.

Staatssekretär Dr. Badenhop stellt kurz seinen persönlichen Werdegang vor und legt dar, dass seine Erfahrungen auf kommunaler Ebene seinen Blick auf Politik und die Umsetzung von Maßnahmen auf kommunaler Ebene geschärft hätten. Er verstehe seine Rolle dahingehend, die Ziele, die im Landtag beschlossen würden, innerhalb des Sozialministeriums gut zu begleiten. Dazu bedürfe es einer guten Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln.

Abg. Pauls weist auf die Herausforderungen im Bereich der Geburtshilfe hin, woraufhin Minister Dr. Garg ebenfalls die Wichtigkeit des Themas als integralem Bestandteil der Gesundheitsversorgung betont, den er auch im Themenblock Gesundheit und Pflege angesprochen habe. Die von Abg. Pauls angesprochene Bestandsaufnahme der Zahl an Pflegekräften werde selbstverständlich unter Zuhilfenahme der in der Errichtung befindlichen Pflegekammer geschehen. Die vom Ministerium gegebene Antwort auf die Kleine Anfrage der Abg. Pauls sei also zutreffend. Unter Zuhilfenahme der Daten werde das Ministerium eine Bestandsaufnahme erarbeiten, die dann zu den notwendigen Schlüssen beitragen werde. Zu einer doppelten Datenerhebung werde es nicht kommen.

Zum zeitlichen Ablauf des Branchenchecks von Abg. Pauls angesprochen, legt Minister Dr. Garg dar, dass dieser mit der Bestandsaufnahme unmittelbar nichts zu tun habe. Beim Branchencheck sollten Arbeitsbedingungen abgefragt und der Frage nachgegangen werden, was zum Beispiel Betriebe besser machten, in denen die Fluktuation im Vergleich zum Bundes- oder Landesdurchschnitt unterdurchschnittlich sei. Bei der Frage der Fachkräftesicherung und -gewinnung wolle man auf die entsprechenden Erkenntnisse zurückgreifen. Der Branchencheck sei auf den Weg gebracht, die Dauer hänge auch von der Geschwindigkeit ab, mit der die Rückläufer einträfen. Ein zeitlicher Ablauf sei daher schwer vorherzusehen. Er kündigt an, dem Ausschuss Informationen darüber zur Verfügung zu stellen, welchen Zeithorizont das Fachreferat für die entsprechenden Auswertungen für realistisch halte, sowohl für den Branchencheck als auch für die Zählung der Pflegekräfte.

Von Abg. Baasch nach der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes gefragt, weist Minister Dr. Garg auf die noch ausstehende Kabinettsbefassung hin, in deren direktem Anschluss entsprechende Fragen auch im Sozialausschuss diskutiert würden. In der Sache könne er zum gegebenen Zeitpunkt keine zusätzlichen Auskünfte geben, zur Zeitschiene legt er dar, dass das Land in der Verpflichtung sei, die Umsetzung vorzunehmen. Deshalb habe man bereits mit Hochdruck an dem Thema gearbeitet und werde auch weiterhin prioritär daran arbeiten.

Abg. Heinemann spricht die in der Vergangenheit durchgeführten Medikamentenversuche in der Kinder- und Jugendpsychiatrie an und plädiert dafür, schnellstmöglich einen Sachstand über die neu geschaffene Anlauf- und Beratungsstelle, die beim Landesamt für soziale

Dienste eingerichtet worden sei, zu erhalten. Ihn interessierten auch die weiteren Aktivitäten in dem Zusammenhang.

Minister Dr. Garg legt dar, dass er sich zu Beginn seiner Amtsübernahme intensiv über den derzeitigen Sachstand informiert habe, seiner Einschätzung nach werde es auch keinen Streit zwischen regierungstragenden Fraktionen und Opposition in diesem Zusammenhang geben. Einen Sachstandsbericht werde man bald geben.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Brodehl zur Einbeziehung der Pflegebedürftigen in die Bestandsaufnahme zur Pflege legt Minister Dr. Garg dar, dass diese bei den beiden bereits mit Abg. Pauls diskutierten Maßnahmen nicht vorgesehen sei. Dabei gehe es vielmehr darum, den professionellen Rahmen zu erfassen. Er unterstreicht, dass er selbst mit der Landesarbeitsgemeinschaft Heimmitwirkung, mit Seniorenbeiräten und durch Besuche in Pflegeheimen die Möglichkeit genutzt habe, mit pflegebedürftigen Menschen zu sprechen. Zu überlegen sei, ob derartige Gespräche systematisiert werden könnten. Er unterstreicht, dass sich der demografische Wandel in den Pflegeeinrichtungen deutlich niederschlage, die Bewohner von Pflegeheimen seien deutlich älter und litten an mehr unterschiedlichen Krankheiten, was deutliche Auswirkungen auch für das Pflegepersonal habe. Die Möglichkeit, eine Befragung von Pflegebedürftigen zum Beispiel mit starken demenziellen Erkrankungen vorzunehmen, halte er für schwer umsetzbar.

Nach einer kurzen Diskussion kommt der Ausschuss überein, sich in seiner nächsten Sitzung im Oktober zum Sachstand berichten zu lassen. Spätere Berichte über den weiteren Verfahrensstand seien damit nicht ausgeschlossen.

2. Bericht des Sozialministeriums zur Fortschreibung des Rahmenstrukturvertrags Soziale Hilfen - Evaluationsbericht

Minister Dr. Garg führt in die Thematik ein ([Umdruck 19/154](#)).

Abg. Heinemann bittet darum, das den Indikatoren zugrundeliegende Zahlenmaterial zu erhalten, um eigene Berechnungen anstellen zu können. - Minister Dr. Garg kündigt an, dem Ausschuss die Zahlen zur Verfügung zu stellen ([Umdruck 19/154](#))

Abg. Dr. Bohn unterstreicht die Wichtigkeit, für die Gruppe der Betroffenen Maßnahmen zu ergreifen.

Von Abg. Pauls auf das Ausladen der gesundheitspolitischen Sprecher und die Beteiligung der Kommunen angesprochen, legt Staatssekretär Dr. Badenhop dar, dass es einen Termin gegeben habe, der auch auf Bitten der Kommunen zunächst verschoben worden sei. Der zweite Termin, der aufgrund der ersten Verschiebung gefunden worden sei, habe unglücklicherweise mit einer Kabinettsklausur zusammengelegen. Man habe sich dann, da Kommunen und Abgeordnete unterschiedliche Informationsbedürfnisse hätten, dazu entschieden, die Abgeordneten ausführlich im Ausschuss zu informieren. Aus diesem Grund habe das Ministerium den entsprechenden Tagesordnungspunkt für den Ausschuss angemeldet. Aus seiner Sicht sei der Ausschuss auch ein gutes Forum, um weiter zu diskutieren.

Frau Bähre, Leiterin des Referats Biomedizin, Transplantationswesen, Sucht, Prävention, Gesundheitsförderung und medizinische Rehabilitation im Sozialministerium, legt dar, dass man bei der angesprochenen Informationsveranstaltung, die man zusammen mit dem Institut FOGS durchgeführt habe, nur Informationen weitergegeben habe. Es sei damals eine rein fachliche Information zu den Indikatoren und der Evaluation gewesen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

3. Bürgerversicherung für ein gerechtes Gesundheitssystem einführen

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/68](#)

(überwiesen am 21. Juli 2017)

Nach kurzer Diskussion beschließt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und SSW, den Punkt zu einem späteren Zeitpunkt zu beraten.

4. Terminplan für das Jahr 2018

Der Ausschuss nimmt in Aussicht, den Entwurf des Terminplans für das Jahr 2018 in einer späteren Sitzung zu verabschieden.

5. Verschiedenes

Zu dem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, schließt die Sitzung um 15:05 Uhr.

gez. Werner Kalinka
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer